

SoVD in breitem Bündnis aktiv – parlamentarischer Abend und Postkartenaktion

Frauenverbände gemeinsam für Grundrente

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Gewerkschaft ver.di und mehrere frauenpolitisch engagierte Verbände haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam für die Einführung einer Grundrente zu werben. Auch der SoVD ist Teil des Bündnisses. Es richtete im Juni einen parlamentarischen Abend zum Thema aus. Als zweite Maßnahme startete eine Postkartenaktion.

Die Lebensleistung von Frauen und Männern wertschätzen – das ist der Anspruch der Frauen im SoVD, wenn es um ein würdevolles Leben im Alter geht. Die Realität wird dem oft nicht gerecht: Besonders Frauen sind von Altersarmut bedroht, auch wenn sie ein Leben lang Beiträge gezahlt, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben. Die Frauen im SoVD setzen sich dafür ein, dass sich das ändert.

Mit der Grundrente liegt ein Vorschlag auf dem Tisch. Aus Frauenperspektive diskutiert wurde er bei einem fraktions-

übergreifenden parlamentarischen Abend am 5. Juni in Berlin, in einem Restaurant nahe dem Reichstagsgebäude. Eingeladen hatte ein Bündnis aus Frauenverbänden, darunter der SoVD. Ihn vertraten Edda Schliepack, Bundesfrauensprecherin und Präsidiumsmitglied, und Dr. Simone Real, Referentin für Frauen-, Familien- und Jugendpolitik im Bundesverband.

Zum Bündnis gehören auch: Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, Deutscher Frauenrat, Deutscher

Landfrauenverband, Frauen im DGB, Evangelische Frauen in Deutschland, Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Verband berufstätiger Mütter und ver.di.

Altersarmut vermeiden

Nach der Begrüßung von DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach hielt Prof. Dr. Irene Götz, Ludwig-Maximilians-Universität München, eine Lesung. Die Armutsforscherin ist Herausgeberin des Bandes „Kein Ruhestand“. Alleinstehende Städterinnen haben ein hohes Risiko, im Alter zu verarmen. Götz erklärte, wie sie damit umgehen. Ihr Buch porträtiert Frauen zwischen 60 und 80, die im reichen München existenziell bedroht leben. Eine nehme kostenlos Kohlrabiblätter aus Supermärkten zum Kochen mit; eine andere heize im Winter nur ein Zimmer.

Die Verbände nahmen Stellung. Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, plädierte für eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung. Dr. Claudia Neusüß von Compassorange moderierte Dialoge der Verbandsvertreterinnen.

Ohne Bedürftigkeitsprüfung

Edda Schliepack begrüßte das Konzept von Bundesminister Hubertus Heil (SPD); vor allem, dass es ohne Bedürftigkeitsprüfung auskomme, was eine eigene Alterssicherung der Frauen



Foto: Wolfgang Borrs

V.li.: SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack mit Annelie Buntenbach und Elke Hannack vom DGB-Bundesvorstand.

ermögliche. „Wer sich ernsthaft für die Anerkennung von Lebensleistung und Vermeidung von Altersarmut einsetzt, kann nicht gegen die Grundrente sein. Wer nun nach einer Bedürftigkeitsprüfung ruft, hätte diese konsequenterweise auch bei der Mütterrente einfordern müssen

– eine absurde Forderung“, so Schliepack. Die Kritikerinnen und Kritiker seien still gewesen, als die Mütterrente aus Beitragsmitteln finanziert wurde. Die Grundrente sei aus Steuern zu finanzieren und zu sichern.



Grafik: DGB

Post an die Unionsparteien.

Es gab noch einen Austausch u.a. mit Dr. Rolf Schmachtenberg (Staatssekretär im BMAS), Kerstin Tack (SPD, MdB), Cornelia Möhring (Frauenpolitische Sprecherin und stellv. Vorsitzende Linksfraktion), Thomas Fischer (BMFSFJ), Bernd Rützel (SPD, MdB) und Mechthild Rawert (SoVD-Landesfrauensprecherin Berlin-Brandenburg).

Eine Postkartenaktion erhöht zusätzlich den Druck auf die Vorsitzenden von CDU und CSU, sich mit ihrem Koalitionspartner auf die Grundrente zu einigen. Viele Unterschriften steigern die Überzeugungskraft der Verbände. SoVD-Mitglieder erhalten die Karten über die Landesfrauensprecherinnen.

Frauenbeitrag

Erwerbs- und Sorgearbeit gemeinsam gestalten

Wird ein Mensch pflegebedürftig, verändert das nicht nur sein eigenes Leben fundamental, sondern auch das seines sozialen Umfeldes. Bei nahen Angehörigen und Freunden kommt eine besondere emotionale Komponente noch hinzu. In kürzester Zeit sind schwierige Entscheidungen zu Betreuung und Pflege zu treffen.

Ob Pflegezeitgesetz, Familiengesetz oder die Pflegeberatungs-Richtlinien nach § 7a SGB XI – alle haben das Ziel, Pflegebedürftige und Angehörige zu unterstützen. Nur wissen davon viel zu wenige Menschen! Auch, weil das Thema Pflegebedürftigkeit noch immer tabuisiert wird.

Tägliche Betreuung und Pflegesind mit einer Erwerbstätigkeit schwer vereinbar. Vielfach unbekannt ist, dass auch schon junge Menschen und Schüler*innen durch die Pflege der Großeltern oder Eltern in eine Überforderungssituation geraten.

Statistisch übernehmen überwiegend Frauen unbezahlte Sorgearbeit; gleichzeitig sind sie auch in Sorgeberufen überrepräsentiert. Der Gender Care Gap zeigt das Verhältnis auf zwischen Männern und Frauen beim täglichen Zeitaufwand für unbezahlte Sorgearbeit. Laut dem Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung von 2017 leisten Frauen 52,4 Prozent mehr Sorgearbeit als Männer. Damit einher geht auch eine mangelhafte Alterssicherung, die oft in die Altersarmut führt.

Das macht deutlich, wie wichtig eine gleichstellungsorientierte Gestaltung der Erwerbs- und Sorgearbeit ist. Hierfür ein Bewusstsein zu schaffen, ist auch Aufgabe der Frauen im SoVD. Zu fordern ist eine neue Ausrichtung: Frauen und Männer müssen sich partnerschaftlich um Erwerbs- und Familienarbeit kümmern. Dazu gehören auch die (finanzielle) Aufwertung erwerbsmäßiger Sorgearbeit und die bessere Bewertung unbezahlter Sorgearbeit in der gesetzlichen Rentenversicherung. Rollenbilder sind zu hinterfragen, die Unternehmenskultur in typischen Männerberufen ist zu verändern. Veränderungen der Arbeitswelt durch die Digitalisierung müssen ebenfalls in den Blick genommen werden.

Wir Frauen im SoVD müssen uns dafür starkmachen, dass die die Politik die Empfehlungen des Zweiten Gleichstellungsberichtes der Bundesregierung mit dem Titel „Erwerbs- und Sorgearbeit gemeinsam gestalten“ ernsthaft aufnimmt und umsetzt.



**Susanne Langhagel
Landesfrauensprecherin
im SoVD Hamburg**

SoVD im Gespräch

Zukunft der Rentenpolitik diskutiert

Der SoVD brachte sich auf der Tagung „Neustart in der Rentenpolitik. Vom Menschen her denken“ ein, die der DGB und das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung am 5. Juni in Berlin veranstalteten. Ziel der Tagung war, die vergangenen Jahre in der Alterssicherungspolitik Revue passieren zu lassen und Instrumente für kommende Herausforderungen zu beleuchten. Den SoVD vertrat der rentenpolitische Referent beim Bundesverband, Vedran Kundačina.

Der erste Teil analysierte die Entwicklungen der letzten Jahre. Dabei wurden dem Dreisäulen-Modell der Alterssicherung gravierende Mängel bescheinigt. Bei der zweiten und dritten Säule seien deutliche Probleme erkennbar. Die Datenlage sei bescheiden; man könne von einer Illusion der drei Säulen sprechen. Beim demografischen Wandel gelte es, die Herausforderungen anzunehmen und nicht mit Stimmungsmache und Datenverzerrung Panik zu machen. Darauf wies auch der SoVD hin.

Vier parallele Foren hatten unterschiedliche Schwerpunkte: Fragen zum Arbeitsmarkt, zum sozialen Ausgleich, betriebliche Altersvorsorge und die Finanzierung der Alterssiche-

rung. In letzterem Panel, woran der SoVD teilnahm, ging es vor allem um ungenutzte Arbeitsmarktpotenziale und Erhöhung der Erwerbsquoten. Zudem wurde berechnet, wie sich das Einbeziehen Selbstständiger in die gesetzliche Rentenversicherung auf den Beitragssatz auswirkt. Korrekte Finanzierung von Leistungsverbesserungen habe einen niedrigeren Satz bewirkt. Höhere Sätze als die von der Politik festgelegten sollten daher nicht tabuisiert werden.

Nach einem Exkurs zum System in Österreich fasste eine Podiumsdiskussion die Ergebnisse zusammen. Dr. Rolf Schmachtenberg, Staatssekretär im Bundessozialministerium, dankte für die breite Unterstützung der Einführung einer Grundrente.